



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

6. Juli 1950

F/V/154

Hinweise
auf den Inhalt:

Das bolschewistische ABC	S.1
Löst Österreich sein Flüchtlingsproblem? (Bericht aus Wien)	S.3
Schuman-Plan ein "Komplott"? (Eine Äusserung Stracheys)	S.4
Wirrwarr um den Brotpreis	S.6
Sozialistenbesuche in Westdeutschland	S.6

Das bolschewistische ABC

R.D. Beliebte sind z.Z. Vergleiche der koreanischen Situation mit der Österreichs und Deutschlands. Aber solche Vergleiche sind nur teilweise zutreffend. Korea war allerdings, wie Österreich und Deutschland noch heute, an seinen Zonengrenzen Schnittpunkt zwischen Totalitarismus und Demokratie. Dort wie hier haben die Alliierten zwischen sich und den kommunistischen Aggressoren verlockend leere militärische und machtpolitische Räume geschaffen. (Südkorea, Westdeutschland und -Österreich). Niemand wird im Ernst behaupten wollen, dass die in Westeuropa stationierten Besatzungstruppen ein geeignetes Gegengewicht gegen die Rote Armee und ihre Hilfstruppen bilden könnten. Allerdings würde ein direkter Angriff auf sie die Automatik des atlantischen Sicherheitssystems auslösen. Die Amerikaner haben auch in Korea die gleichen politischen Fehler gemacht wie die Alliierten im besetzten Europa. Sie haben mit der Reaktion paktiert, ihr come back begünstigt und die dringenden sozialen Reformen behindert.

Aber es gab in Nordkorea keinen Oder-Neisse-Fall, keine Flüchtlingsvertreibung der Koreaner, keine "Reparationen aus der laufenden Produktion". Dafür gab es aber soziale Reformen, die den proletarischen Forderungen entsprachen und auch einen ganz anders gearteten nationalen und sozialen Effekt als etwa im russisch besetzten Europa hatten. Parallel dazu gab es in Südkorea keine Demontagen und Restititionen, kein Saarproblem und kein Ruhrstatut. Korea hatte ja auch keinen Krieg verloren. Aber es gab auch keine sozialen Reformen, die nach der Ent-

eignungspolitik der Japaner dringend erforderlich gewesen wären. Die Besatzungsregierung förderte die Kapitalkräftigen und die Grossgrundbesitzer und installierte die äusserste politische Reaktion, die selbst den rechten und mittleren Parteien in Korea nicht koalitionsfähig erschien, in der trügerischen Vorstellung, damit das wirksamste Gegengewicht gegen den vordringenden Kommunismus gefunden zu haben. Sie war instinktvoll genug, nicht zu spüren, dass damit der Boden für die Kommunisten vorbereitet wurde.

Ja Korea war die zur Zeit weichste Stelle für die bolschewistische Aggression, und es wurde nach dem altbekannten bolschewistischen ABC verfahren: Anprangerung der reaktionären Regierung - der Gegenseite und der unter ihr herrschenden sozialen Misstände - Propaganda für soziale Gerechtigkeit und nationale Einheit, für Befreiung von fremder Besatzung - schliesslich Wahlen zur Nationalversammlung mit der Forderung, die Reaktionäre auszuschalten. Als der Boden genügend vorbereitet war, kam die Anwendung der Gewalt unter strengster Wahrung des reinen Bürgerkriegscharakters. Nun sind die Amerikaner in den Augen der Primitiven ins Unrecht gesetzt, denn sie haben "in die inneren Angelegenheiten Koreas" mit Waffengewalt eingegriffen. Es hat lange gedauert, bis die Welt dieses einfache Rezept begriff und die USA die Konsequenzen zogen. An die tieferen Ursachen dieser Entscheidung ist man aber noch nicht herangegangen.

Und wie steht es in dieser Hinsicht mit den westeuropäischen Gebieten Deutschland und Österreich? Sie sind bei der grösseren politischen Reife der Westeuropäer, dem unmittelbaren Erlebnis der Kriegsgefangenen, der Vertriebenen und der politischen Flüchtlinge unzweifelhaft weniger anfällig für die bolschewistische Infiltration. Empörend aber ist, dass auf diese ^{politische} Standfestigkeit von der heute regierenden Schicht spekuliert wird: die Kinder sind artig und also bekommen sie nichts. Das ist sehr gefährlich. Denn auch die grösste Geduld ist einmal erschöpft bei dem, der materiell nichts besitzt und nichts erhoffen darf, dessen politische Freiheit sich im Gang zur Wahlurne erschöpft und der vergeblich auf die Erfüllung von Wahlversprechen wartet.

Demokratie und Freiheit sind nur dann lebensfähige Begriffe, wenn sie ein tragbares soziales Fundament haben. Es gibt keine echte Freiheit ohne soziale Gerechtigkeit. Wer dem Bolschewismus wirksam begegnen will, der muss für einen Wall sozialen Wohlstands sorgen, der den roten Weltbrand wirksam eindämmt. Für die westlichen Mächte bedeutet das, Verbündete in den Reihen derer zu suchen, die die schärfsten Gegner des Totalitarismus sind, weil sie soziale Gerechtigkeit wollen in einer demokratischen Welt.

Löset Österreich sein Flüchtlingsproblem?

P. Wien, 5. Juli

Das Problem der Heimatvertriebenen ist auch in Österreich plötzlich diskussionsreif geworden, nachdem es lange ein Schattendasein geführt hat. Dem Anlass darf man den Reiz des Aussergewöhnlichen nicht abprechen. Da erschien um die Mittagstunde des 21. Juni ein junger Mann auf der Verkehrsinsel des Linzer Taubenmarktes und pflanzte eine Tafel auf. Darauf stand zu lesen: "Hungerstreik eines Österreicher, bis ein volksdeutsches Statut im Sinne der Empfehlungen der Tagung des Weltkirchenrates vom Ministerrat genehmigt wird". Die Polizei amtshandelte, kontrollierte den Ausweis. Der Mann war tatsächlich Österreicher, namens Herbert Cieslar, 31 Jahre alt, Forstmeisterssohn aus Windischgarsten in Oberösterreich, Abiturient, bisher als Bauarbeiter tätig, jetzt arbeitslos. Er hatte allerhand Pläne zur Ansässigmachung der Volksdeutschen ausgearbeitet, an Ämter, Behörden, Politiker geschrieben, um die Not der Heimatlosen zu beenden. Ohne Erfolg. Er erklärte, er schäme sich, wie die Volksdeutschen in Österreich seit 1945 behandelt werden. Zwei Polizisten führten ihn ab, denn er hatte keine Genehmigung für die angekündigte Demonstration. Gut, meinte Cieslar, er werde seinen Hungerstreik in der Zelle fortsetzen, und zwar so lange, bis seine Forderung erfüllt sei. Bei der Polizeistelle stellte sich heraus, dass dieser seltene Idealist vollkommen normal war. Man genehmigte den Hungerstreik. Linz hatte seine Sensation, die gesamte österreichische Presse griff das Problem der volksdeutschen Flüchtlinge auf.

Der Zeitpunkt war klug gewählt. Gerade jetzt werden die Verluste Österreichs während des zweiten Weltkrieges bekannt: 280.000 Gefallene, 100.000 Vermisste und 157.000 Zivilpersonen, die im Laufe des Krieges in Österreich ums Leben kamen. Über 300.000 Heimatlose halten sich derzeit im Lande auf. Wäre es nicht möglich, sie in diese Lücken einspringen zu lassen? In der Wiener "Presse" hatte der einzige Flüchtlingsabgeordnete im österreichischen Parlament, der Sudetendeutsche Erwin Machunze, einen Leitartikel unter dem Titel "Es fehlt der Plan" veröffentlicht, in dem die Tragweite des Problems aufgezeigt wurde. Er wies darauf hin, dass die Vertriebenen durch ihre immense Arbeitsleistung in den schwierigsten Jahren nach Kriegsende einen moralischen Anspruch erworben hätten und in Krisenzeiten nicht einfach ihrem Schicksal überlassen werden dürften. Eine Initiative der Regierung sei notwendig. Der Boden war bereitet. Herbert Cieslar hungerte, zwei Volksdeutsche schlossen sich ihm an. Am sechsten Tage brach er seinen Hungerstreik ab und begab sich ins

Krankenhaus. Was war geschehen?

Am 27. Juni veröffentlichte die amtliche "Wiener Zeitung" ein Interview, das Bundeskanzler Figl dem Korrespondenten der "Austria-Press-Agentur" gewährt hatte. Es hiess darin, für Cieslar bestehe die Hoffnung, dass das Volksdeutschen-Statut - es soll ähnlich wie das der Südtiroler gestaltet werden - bereits den nächsten Ministerrat beschäftigen werde. Unter der Führung des Landeshauptmanns von Oberösterreich, Dr. Gleissner, habe eine Abordnung beim Innenminister vorgesprochen und eine rasche Klärung im Sinne der Empfehlungen des Weltkirchenrates erbeten. Dies sei schon vor Beginn des Cieslarschen Hungerstreiks geschehen. Das Wort des Regierungschefs musste dem Streikenden genügen.

Der nächste Ministerrat beschäftigte sich jedoch wieder nicht mit dieser brennenden Frage. Aber Oberösterreich, das sich in der Einbürgerung der Heimatlosen bisher reserviert gehalten hatte, übernahm die Initiative. Im Landtag zu Linz wurden warme Worte für die Volksdeutschen gesprochen. Der Landeshauptmann wird mit der Regierung in Wien aufgrund neuer Vorschläge verhandeln. Der Text des vorgeschlagenen Statuts lautet folgendermassen: "Die Heimatvertriebenen und Umsiedler deutscher Zunge, das sind alle Personen, die bis zum heutigen Tage aufgrund behördlicher Massnahmen als Volksdeutsche in Österreich registriert wurden und ihren behördlich gemeldeten Wohnsitz in Österreich haben, ohne schon im Besitze der österreichischen Staatsbürgerschaft zu sein, sind bis zu ihrer Einbürgerung den österreichischen Staatsangehörigen in ihren Rechten und Pflichten gleichgestellt". Das Problem, in der Öffentlichkeit eifrig diskutiert, ist nunmehr reif für die Lösung.

- - -

Strachey nennt den Schumanplan ein "Komplott"

.....
C.London, 6.Juli

Zum ersten Mal hat in voller Öffentlichkeit ein Labourführer auf die Hintergründe im Schumanstreit hingewiesen. Zwar sind diese Dinge schon vorher in Parlaments- und Gewerkschaftskreisen eifrig erörtert worden, doch hatte bisher noch kein Minister oder Parteiführer von Rang öffentlich, in Druck oder Rede, diese Frage berührt.

In einer Massenversammlung zu Colchester in Essex bezeichnete nun Kriegsminister John Strachey die Schuman-Vorschläge als ein "Komplott"

gegen den Sozialismus und sagte, die britische Arbeiterbewegung wolle mit einer "Kulissenunion" Europas nichts zu tun haben. Solange nicht die britische Stahlindustrie ebenso organisiert sei, wie die Kohle, nämlich als Diener der Nation, würden soziale Sicherheit und Vollbeschäftigung stets auf tönernen Füßen stehen. Im Falle einer neuen Weltdepression würden die Stahlbarone aus Profitgründen die Produktion drastisch senken wollen. In solcher Lage jedoch würde eine verstaatlichte Stahlindustrie mit einem umfassenden Programm nationaler Investierung zur Stelle sein und Eisenbahnen, Bergbau und Elektrizitätswerke erweitern und erneuern, um trotz des dann sinkenden Stahlexports die Betriebe voll beschäftigt zu erhalten. Verstaatlichung der Schwerindustrien sei die ^einzig mögliche Gewähr gegen eine Rückkehr der Elendsschlangen vor den Arbeits- und Wohlfahrtsämtern.

Demgegenüber ziele der Schumanplan darauf ab, die Kontrolle der Kohle- und Stahlindustrien Europas einer Gruppe von acht oder neun Herren in die Hände zu spielen, die keiner Regierung, keinem Parlament verantwortlich sein würden. Diese Diktatoren könnten dann die Schliessung jeder beliebigen Grube, jedes beliebigen Stahlwerks anordnen, wenn sie meinten, solche Schliessungen brächten den Aktionären höhere Profite. Der wirkliche Zweck des Planes sei, eine Barriere zu errichten, um die europäischen Grundindustrien vor der etwaigen Kontrolle der Völker Europas zu schützen. Strachey kündigte an, dass man in der nahen Zukunft noch mehr derartige Vorschläge bezüglich anderer Industrien zu hören bekommen würde, die alle darauf hinzielten, die Wirtschaft vor Volkskontrolle zu bewahren. Sogar einige Tories hätten das Komplott erkannt und daher im Unterhaus dagegen gestimmt.

Im übrigen keine internationale Wirtschaftsregelung könne funktionieren, ohne dass die USA daran beteiligt sei. Man solle nicht den Fehler machen, die USA als "reaktionär" anzusehen. In vieler Hinsicht seien die USA heute viel fortschrittlicher als die meisten europäischen Regierungen ausserhalb Skandinaviens, sicher aber fortschrittlicher, als Belgien, Italien und Westdeutschland mit ihrer

nackten Profitwirtschaft und ihren Erwerbslosen.- Welche Form auch immer die zukünftige internationale Föderation annehme, es müsse auf jeden Fall eine demokratische Föderation sein, nicht eine "Kulissenföderation", die Grossbritannien nicht mitmache.

Vollkommener Wirrwarr

sp. Das Kabinett beschloss einstimmig, den Brotpreis nicht zu erhöhen und einer Fettsteuer die Zustimmung zu versagen. Im Kabinett sitzen ausschliesslich Minister, die den Regierungsparteien angehören und sie sitzen darin, weil sie ihnen angehören. Von den 11 Ministern des Kabinetts gehören 7 und der Kanzler gleichzeitig als Abgeordnete dem Bundestag an.

Die Bundestagsfraktionen der Regierungs-Koalition haben sich für eine Fettausgleichsabgabe für Margarine ausgesprochen, die den Verbraucherpreis nicht erhöht, wohl aber die zusätzlichen Mittel für die Subventionierung des Importgetreides liefert, um den Brotpreis zu halten. Der Bundesernährungsminister Niklas hat erklärt, dass ohne Subventionen eine Erhöhung des Brotpreises unvermeidlich sei. Bundesfinanzminister Schäffer aber weigert sich weiterhin, Subventionen zu zahlen, weil sonst der Haushalt nicht ausgeglichen werden kann. Er weiss, dass ohne Subventionen der Brotpreis steigen muß. Niklas wie Schäffer sitzen im Kabinett. Das Kabinett aber hat "einstimmig" beschlossen, den Brotpreis nicht zu erhöhen und der Fettsteuer die Zustimmung zu versagen.

Niemand weiss, wie das auf einen Nenner gebracht werden soll. Für drei Wochen haben die Bäcker noch Mehl zum alten Preis. Bis dahin sind die Wahlen in Schleswig-Holstein vorbei! Und dann? Ja dann - wird vielleicht der Getreidepreis sinken - meinte verschmitzt der Sprecher der Regierung. Oder der Brotpreis wird sich gegen den Willen der Regierung erhöhen. Ein Gesetz, ihn festzuhalten, gibt es nicht. Das Kabinett hat aber einstimmig beschlossen, den Brotpreis nicht zu erhöhen und eine Fettausgleichsabgabe abzulehnen. (s.oben!)

Freundesbesuche aus dem Auslande

Am kommenden Sonnabend trifft eine Parlaments-Delegation der norwegischen Arbeiterparteien zu einem Besuch in Westdeutschland in Hamburg ein. Am Montag früh werden die Parlamentarier in Bonn sein, um während zweier Tage in enger Fühlungnahme mit ihren sozialdemokratischen Kollegen ein Bild von der Bonner Arbeitsatmosphäre zu gewinnen. Danach geht es zwei Tage ins Ruhrgebiet; Ende der kommenden Woche werden die Delegierten die Rückfahrt nach Oslo antreten, nachdem sie wahrscheinlich noch einmal einen Tag in Bonn gewesen sind. Ob die Delegation auf ihrer Heimfahrt über Hamburg auch Hannover einen kurzen Besuch abstatten wird, steht noch nicht fest.

Seit einigen Tagen hält sich einer der drei Sekretäre der österreichischen Sozialdemokratie, Josef Kratky, in Hannover auf, um sich hier eingehend über die Organisation der sozialdemokratischen Parteileitung zu informieren und darüber hinaus einen noch engeren Kontakt zwischen seiner Partei und der SPD anzubahnen. Von Hannover aus wird sich der Gast aus Österreich zu einem kurzen Aufenthalt nach Hamburg und Schles.-Holst. begeben, etwa am Sonntag für zwei Tage ins Ruhrgebiet fahren und schliesslich nach einem kurzen Aufenthalt in München nach Wien zurückkehren.